

## Schlussvotum zur Richtplandebatte

Sitzung vom Mittwoch, 19. März 2014

Benno Scherrer Moser

**Die Grünliberalen lehnen die veränderte Richtplanvorlage ab.**

**Mit dem Raumordnungskonzept ROK wurde ein gutes neues Instrument eingeführt, das wir Grünliberale gerne noch ein bisschen besser – grüner - gemacht hätten. In den letzten Kantonsratssitzungen wurden viele Chancen verpasst, eine zukunftsorientierte Richtplanung zu verankern. Dass uns dies nicht geglückt ist, ist bedauerlich. Wir hätten uns aber gewünscht, dass die Minimalziele, auf die wir uns im ROK geeinigt haben in den folgenden Kapiteln ihren Widerhall gefunden hätten.**

**Nun haben wir einen geglückten Sonntagsrichtplan – das ROK, und einen missglückten Werktagsrichtplan - die Umsetzung in der Alltagspolitik.**

**Für uns Grünliberale stand eine konsequente Ausrichtung auf die Ziele des Raumordnungskonzepts ROK – eine nachhaltige Siedlungsentwicklung und mehr Raum für Menschen, Pflanzen und Tiere im Zentrum der Beratungen. Wir haben deshalb Anträge eingereicht, damit der Richtplan nicht nur zukunftsfähig sein will, sondern es auch ist: Mit einer zentrumsnahen Siedlungsentwicklung, mit einer verstärkten Ausrichtung auf den öffentlichen Verkehr.**

**Jetzt müssen wir enttäuscht feststellen, dass für die Umsetzung dieses Grundsatzes wirksame Massnahmen fehlen.**

Statt klaren, überprüfbaren Vorgaben und griffigen Instrumenten, welche die zukünftige Entwicklung tatsächlich auf zentrumsnahe Gebiete lenken würden, werden an peripheren Lagen im Kanton zusätzliche Siedlungsgebiete mit hohem Zersiedelungsfaktor gewährt. Dies erst noch oft auf bestem Ackerland. Wir wollten die Produktionsgrundlage der Zürcher Landwirtschaft besser schützen, die Bauernvertreter nicht...

Und auch die Gemeindepräsidenten wollten die Aufträge der Bauindustrie absichern. Dies leider erfolgreich auf Kosten der Bürger und Bürgerinnen, die in mehreren Abstimmungen das Gegenteil wünschten. - und auf Kosten der Natur – und damit auf Kosten der Standortattraktivität.

Bedenken Sie: Entgegen der Wahrnehmung hat der Kanton Zürich nicht zu wenige Bauzonen.

Bei gleichbleibendem Verbrauch wie in den letzten 5 Jahren würden die unüberbauten Bauzonen für 22 Jahre reichen. Die ganzen Reserven in den überbauten Bauzonen noch gar nicht eingerechnet.

Eigentlich widersprechen all die zusätzlich Siedlungsgebiete unserem zürcherischen Planungs- und Baugesetz, das sagt, dass das Siedlungsgebiet die Gebiete bezeichnen soll, die in den nächsten 20 bis 25 Jahren erschlossen und überbaut werden sollen. Gänzlich darauf zu verzichten, neues Siedlungsgebiet auszuscheiden, wäre natürlich ein Fehler gewesen. Denn mit dem ROK bestimmten wir, dass die Entwicklung in den Stadt- und urbanen Wohnlandschaften konzentriert werden soll. Entsprechend müssen wir dort auch Raum zur Verfügung stellen, Raum für die weitere Entwicklung und Raum eine optimierte Anordnung der bestehenden Bauzonen. Und dort haben wir einer Weiterentwicklung auch zugestimmt – ich erinnere ans Eschenbühl in Uster.

Aber:

Die sogenannten Bauernvertreter der SVP haben es unterlassen, weitere Flächen für die Landwirtschaft zu sichern. Sie stimmten zu, dass beste Fruchtfolgeflächen überbaut werden können, obwohl ausreichend Reserven vorhanden wären und obwohl es das Ziel ihrer Masseneinwanderungsinitiative ist, dass der Verbrauch im Vergleich zu heute sinken soll.

Die FDP verhindert aktiv, dass das stärkste Instrument zur Förderung der inneren Verdichtung greift: die Knappheit von Bauland. Den Wunsch jeder Gemeinde nach zusätzlichem Siedlungsgebiet hat sie erfüllt, und damit ihr grünes Mäntelchen bis zu den nächsten Wahlen wieder abgezogen.

Während EDU, EVP und BDP zumindest gelegentlich zeigten, dass sie sich mit dem Siedlungsgebieten und der Notwendigkeit ihrer Eintragung auseinandergesetzt haben, hat sich die CVP erfolgreich darum bemüht, ihr sozialliberales Profil abzustreifen und sich als Vorreiter einer Allianz für mehr Landverschleiss in die Bresche geschlagen.

Im Verkehr wurde es noch schwieriger, Mehrheiten für zukunftstaugliche Ideen zu finden. Der einzige Lichtblick war die Streichung der Umfahrung Fällanden. Aber sonst wurde eine (gemäss fragwürdiger Selbstdeklaration) ideologiefreie Verkehrspolitik betrieben. Ideologiefrei heisst offensichtlich die einseitige Förderung des Autos. Für Sie scheinen Strassen und Verkehr Selbstzweck zu sein. Dies obwohl längst bewiesen ist, dass zusätzliche Verkehrskapazitäten nur zusätzlichen Verkehr erzeugen, obwohl kein Metropolitanraum seine bestehenden Verkehrsprobleme mit einem Ausbau des Strassennetzes in den Griff bekommen hat – oder belegen Sie uns das Gegenteil.

Dafür wurde das Potenzial von E-Bikes als neue Form der Mobilität völlig verkannt - und aus dem Richtplandokument verbannt. Damit könnten sie entscheidende Prozente des Verkehrszuwachs auffangen.

Wir alle wissen, dass die Zuführung von weiteren Autos in der Stadt nur zu mehr Staus auf den engen Zürcher Verkehrsflächen führen wird. Das einzig Beruhigende bei all den Löchern, die im Kanton Zürich geplant sind, liegt beim ungeheuren Preis. Der Realisierung wird spätestens dann gestoppt, wenn das Preisschild am Tunnel den Eintrag zur Planungsleiche weiterentwickelt. Das Vorgehen beim ominösen Seebeckentunnel erinnert an den jetzt unnötigerweise bestätigten Schildbürgerstreich äussere Nordumfahrung. Diese wurde von den Bürgerlichen im Richtplan 2007 ohne Bedarf und ohne Antrag der Verwaltung eingeführt. Diese wird die Zersiedelung in den dünnbesiedelten Räumen im Zürcher Unterland anheizen. Offensichtlich liegt dies im Interesse derjenigen, die in Sonntagsreden den Schutz des Kulturlands und die Förderung der inneren Verdichtung fordern.

Seltsamste war die Haltung der rechten Ratsseite beim Flughafen Dübendorf. Im Richtplan werden Ziele festgelegt und Wünsche an den Bund formuliert. Es liegt in der Natur der Sache, dass nicht alle Ziele erreicht werden und nicht alle Wünsche erfüllt werden. Dass SVP, FDP und ihre zugewandten Orte aber keine Haltung in wichtigen Fragen, die den Kanton Zürich und seine zukünftige Entwicklung betreffen, haben, irritiert. Bern wird sich über die von Ihnen freiwillig abgegebenen Kompetenzen freuen.

Der von der Regierung und Verwaltung vorgelegte Richtplan hat mit der Debatte im Kantonsrat nichts gewonnen, aber viel verloren. Unsere Kritik richtet sich an die Bürgerliche Allianz – nicht an die Verwaltung und die Regierung.

Die Einheit der Bürgerlichen Allianz war zwar effizient, aber kein inhaltlicher Gewinn. Vielmehr erscheint es, dass damit der Unwille oder die Unfähigkeit versteckt wurde, sich vertieft mit solchen Fragen auseinanderzusetzen. Eine Haltung die bereits in der Kommission feststellbar war.

In der Schlussbetrachtung muss man sagen, dass ein zukunftsweisendes ROK in den folgenden Kapiteln konterkariert wurde. **Anstatt zu konkretisieren wurde verwässert**, ja es wurden Gebiete freigegeben, wo die Kriterien des ROK bei weitem nicht erfüllt waren.

Uns beschleicht das ungute Gefühl, dass das ROK mit der Definition unterschiedlicher Räume nicht gelesen oder nicht verstanden haben – und wenn – nicht verstehen, nicht umsetzen wollten.

Die Einführung von regionalen Arbeitsplatzgebieten, die Streichung *einer* Gewerbezone und der Verzicht auf die Umfahrung Fällanden, ist zu wenig. Zu wenig für eine zukunftsfähige Entwicklung des Kanton Zürichs und zu wenig für uns Grünliberalen. **Wir lehnen den Richtplan in dieser Form ab.**